



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
TREFFPUNKT SCHWEIZ
GRUPPE BERN

Veranstaltungsreihe 2018/2019 der NHG Gruppe Bern
Gesellschaft im Wandel: Stresstest für die Demokratie?

5. Veranstaltung

E-Voting: Chance oder Gefahr für die Demokratie?

Während an einigen Orten in der Schweiz demokratische Partizipation traditionell mit Handheben gelebt wird, planen andere die elektronische Stimmabgabe oder wenden sie in ersten Versuchen an. Im Juni 2018 beschloss der Bundesrat, dass er E-Voting vom Test in den ordentlichen Betrieb überführen will. Er eröffnete dazu Ende 2018 ein Vernehmlassungsverfahren über die dazu erforderlichen rechtlichen Grundlagen.

Über folgende Fragen wird im anschliessenden Text orientiert und diskutiert: Ist E-Voting zu teuer, unsicher oder gar eine Gefahr für die Demokratie? Was gewinnen wir mit E-Voting und wo sind seine Gefahren? Bremst oder fördert der Föderalismus die Einführung von E-Voting? Werden die Urnenabstimmung und die briefliche Stimmabgabe abgeschafft?

Im Fokus stehen die Stimmberechtigten

Einführungsreferat von Barbara Schüpbach-Guggenbühl, Staatsschreiberin des Kantons Basel-Stadt und Präsidentin der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz

Ausgangslage

Die Staatsschreiber/innen der Kantone sind verantwortlich für die Umsetzung der politischen Rechte. Sie organisieren alle Abstimmungen und Wahlen auch des Bundes, müssen dessen Standard übernehmen und garantieren. Ihre „Kunden“ sind die Stimmberechtigten, diese stehen im Fokus. Wichtig ist es, dass sie alle ihre Stimme unverfälscht abgeben können.

Mit im Fokus stehen auch die Stimmberechtigten von morgen, d.h. die Jugendlichen. Von den unter 30-Jährigen können sich 90% vorstellen, per E-Voting abzustimmen. In allgemeinen Umfragen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung (Ergebnisse zwischen 54% und 69%) bereit, ihr Stimm- und Wahlrecht elektronisch auszuüben. Der Auslandsschweizererrat fordert per Petition eine schnelle Einführung von E-Voting.

Fakten zum bisherigen Einsatz von E-Voting in der Schweiz

Seit 2004 haben 14 Kantone E-Voting getestet. Zurzeit üben 10 Kantone auf 2 Systemen: Dasjenige der Post wenden FR, BS, TG und NE an, mit dem System des Kantons Genf machen BE, LU, SG, AG, VD und GE Versuche. Seit Beginn sind bei rund 300 elektronischen Abstimmungen keine Vorkommnisse registriert worden! Basel hat zum Beispiel bereits 38 Urnengänge mit E-Voting ohne jede Störung durchgeführt. Der gesprochene Kredit für einen zehnjährigen Versuch ist leider wegen Einsprachen noch blockiert.

Aktuelle Diskussion

Was für E-Voting spricht

Alle E-Voting Versuche stehen unter dem Motto „Sicherheit vor Tempo“.

Umfragen zeigen immer positive Ergebnisse (siehe oben). Es zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern und auch kein Stadt-Land-Graben.

Experten der Bundeskanzlei verfassten einen positiven Bericht über Möglichkeiten und Gefahren des E-Votings. Es soll **als zusätzliche, dritte Möglichkeit** neben dem persönlichen Gang zur Urne und der brieflichen Stimmabgabe angeboten werden. Das Angebot wird also erweitert. **Die Kantone können immer selber entscheiden** und definieren, was sie wann testen und einführen wollen.

Aktuell läuft die Vernehmlassung des Bundesrates. Es stehen das E-Voting für Auslandsschweizer/innen und für Behinderte, die dank Elektronik selbständig und geheim abstimmen könnten, im Zentrum der Planung.

Aktivitäten der Gegner

Der Chaos Computer Club schreibt, er habe Stimmende per Hacking auf eine falsche Webseite gelockt. Die Referentin hält fest, dass solche Stimmen ins Leere fallen, nicht mitgezählt werden.

Im eidgenössischen Parlament sind gegenwärtig neun **Vorstösse zum E-Voting** hängig, obwohl dessen Einführung Sache der Kantone ist. Ebenfalls sind in einigen Kantonen Anträge (meist unter der Leitung der SVP) für Moratorien eingereicht worden. Die Unterschriftensammlung für **eine eidg. Initiative**, die ein zehnjähriges Moratorium für E-Voting verlangt, läuft und wird von rechts bis ganz links unterstützt.

Wie funktioniert E-Voting?

Die Staatskanzlei erstellt nach dem Stimmrechtregister und dessen Anonymisierung Stimmrechtsausweise mit einem 16-teiligen Initialisierungs-Code. Nach dessen Eingabe und der Stimmabgabe wird als Kontrolle ein Prüfcode zugeschickt, der nach Eingabe bestätigt, dass sie ok ist. Die elektronische Stimmabgabe dauert deshalb länger als die analoge, ist aber auch via i-Phone und unterwegs möglich.

Die elektronische Urne wird von der Post gehütet. Sie ist nur während der Abstimmungsperiode offen, sammelt die Stimmen und gibt die Resultate zur Auswertung verschlüsselt an die Behörde zurück.

Fragen zur Sicherheit

- Bei der persönlichen Stimmabgabe an der Urne hilft die Gegenüberstellung von Ausweis und Person.
- Die briefliche Stimmabgabe ist heute „der Königsweg“. In der Stadt Bern z.B. stimmen 94% brieflich ab. Manipulationen sind nur im kleinen Rahmen möglich und fallen rasch auf.
- Die höchste Sicherheits-Stufe gilt für das E-Voting. Die verlangte qualifizierte Sicherheit muss universell verifizierbar sein. Der Nutzen ist hoch: neben dem Einbinden der „Digital-Natives“ sind keine ungültigen Stimmen mehr möglich, und wir können zeit- und ortsunabhängig abstimmen.

Schlussfolgerungen

Die Digitalisierung hat bei allen Behörden schon lange Einzug gehalten. Täglich arbeiten sie mit elektronischen Unterlagen: TaxMe für die Steuerklärung, elektronisches Grundbuch oder Einwohnerregister u.a.m.

Moratorien bringen nichts. Nicht nur die E-Voting-Spezialisten arbeiten weiter an der Perfektionierung, sondern ebenfalls die Hacker an ihren Systemen. Auch nach 10 Jahren sind kriminelle, elektronische Angriffe möglich. Denken wir an die Zukunft, die kommende digitale Generation, und führen wir „den dritten Weg“ für die Stimmbürger/innen nach sorgfältiger Vorbereitung ein.

Podiumsdiskussion

Alec von Graffenried (A) *Stadtpräsident Bern*

Franz Grüter (G) *Nationalrat SVP, IT-Unternehmer*

Wolf Linder(L) *emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bern*

Moderation Matthias Stürmer

Leiter der Forschungsstelle „Digitale Nachhaltigkeit“, Institut für Wirtschaftsinformatik, Universität Bern und Leiter der parlamentarischen Gruppe „Digitale Nachhaltigkeit (in der auch NR Grüter Mitglied ist).“

G stellt mit Erstaunen fest, dass die Referentin als Staatskanzlerin für die Einführung von E-Voting wirbt, dabei sollte sie doch in ihrer Stellung neutral alle Möglichkeiten prüfen. Er als IT-Unternehmer habe grosse Fragezeichen zum E-Voting. Deshalb ist er aktiv im Komitee für die Moratoriums-Initiative. Die Schweiz sei nicht gerüstet für eine Einführung, die Sicherheit nicht gewährleistet.

L betont, dass die Idee, E-Voting einzuführen, aus der Bundesverwaltung komme!* Er ist gegen die Einführung, weil sie keine Verbesserungen bringe: Es ist keine grössere Stimmbeteiligung feststellbar, keine Nachhaltigkeit. Man dürfe nicht nur auf Umfragen schauen. Nicht das System ist entscheidend, sondern das Interesse der Stimmbürger/innen. Neben den hohen Kosten findet er E-Voting viel zu kompliziert, er kann sich nicht vorstellen, wie das bei Wahlen funktionieren könne.

**Referentin korrigiert: Parlamentarische Vorstösse haben die Prüfung von E-Voting verlangt, nicht die Bundeskanzlei.*

A staunt über diesen Widerstand. Seine Ziele sind es, mit der Zeit zu gehen (die Digitalisierung ist schon da!) und das Abstimmen und Wählen einfacher zu machen. Von den Gegnern werden überrissene Anforderungen an die Sicherheit gestellt. Über TaxMe sind alle begeistert, dieses Angebot funktioniert tadellos. Er hat ebenfalls nur gute Erfahrungen mit dem elektronischen Stimmregister und dem Grundbuch gemacht. Es braucht ein Grundvertrauen in die Arbeit der Behörden.

G sieht zwischen E-Banking, an das ja auch hohe Sicherheitsforderungen gestellt werden, und E-Voting einen grossen Unterschied: Abstimmungen und Wahlen betreffen das ganze Volk! G hat wenig Vertrauen in die laufenden Versuche mit dem Postsystem, das übrigens aus Spanien komme und in den USA zertifiziert worden sei. Es brauche einen Marschhalt. Die Schweiz sei im Bezug auf Cyber-Kriminalität blind auf beiden Augen und der Staat nicht in der Lage, ein Hacking festzustellen.

Referentin findet einen Marschhalt keine Lösung. Die Entwicklung laufe in dieser Zeit weiter und an uns vorbei. Das Thema würde aus der Agenda fallen. Wieso kann man nicht die gegenwärtige Versuchsphase laufen lassen?

L will in die Zukunft schauen. Er hat Angst, dass dem E-Voting dann ein E-Collecting (elektronische Unterschriften-sammlung für Initiativen und Referenden) folgen wird. Man könne leicht erraten, dass in wenigen Tagen 50'000 Unterschriften gesammelt wären! L hat grosse Bedenken, dass durch die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet wird.

Referentin bestätigt, dass E-Collecting ein grosses Fragezeichen, aber noch keine Thema sei. Zuerst müsste gründlich über die nötige Anzahl Unterschriften diskutiert werden. E-Voting und E-Collecting seien zwei Paar Schuhe. Sie wiederholt, dass E-Voting nur durch einen kantonalen referendumsfähigen Beschluss des Parlaments eingeführt werden kann. Es ist ihr nicht klar, wieso der Bund den Kantonen Fesseln anlegen soll.

Fragen aus dem Publikum

Besteht nicht die Gefahr, dass durch E-Voting das Abstimmen und Wählen zu einfach wird, die Ernsthaftigkeit verloren geht?

A weiss, dass auch analog unüberlegt und leichtfertig abgestimmt werden kann.

L findet den Einwand berechtigt. Wahlen und Abstimmungen müssen einen Symbolcharakter haben und eine ernsthafte Angelegenheit bleiben.

Referentin betont, dass E-Voting komplizierter ist und mehr Zeit braucht als die analoge Stimmabgabe.

Ist es nicht so, dass jedes System gehackt werden kann und ein Moratorium wenig Sinn macht?

Referentin findet es wichtig, dass Eingriffe von aussen in das System sichtbar werden. Sie betont, dass nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch beim Bund und in den Kantonen kompetente Sachverständige arbeiten.

A findet, dass E-Voting neue Möglichkeiten für differenzierte Abstimmungs-Vorlagen schafft. Eine neue Stufe der Demokratie werde dadurch möglich.

L befürchtet, dass die Stimmbeteiligung der unteren Schichten durch E-Voting noch stärker abnimmt. Es entstände eine Mittel- und Oberschicht-Demokratie. Sein Wunsch: „Keep it simple!“